



## Sitzungsniederschrift

### Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen

Sitzungsort: Haus der Insel - Nordeingang - Konferenzraum 1-2

Sitzungsdatum: 02.03.2011

Niederschrift gefertigt am: 23.03.2011

nichtöffentliche Sitzung: Beginn: Ende:

öffentliche Sitzung: Beginn: 18:00 Uhr Ende: 21:00 Uhr

#### Anwesende Mitglieder:

##### Vorsitzende

RM Helga Meyer

##### Stimmberechtigtes Mitglied

RM Bernhard Onnen

RM Stefan Wehlage

RM Hayo F. Moroni

BG Jann Ennen

RM Johannes Terfehr

ab TOP 2

##### Von der Verwaltung

AV Frank Ulrichs

StAR Talea Karow

##### Schriftführer

Leonhard Krieb

#### Entschuldigt fehlen:

#### Außerdem anwesend:

## Tagesordnung

### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzende RM Meyer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie wie die Beschlussfähigkeit fest.

BG Vollmer und Vertreter 2. Stv. BM Sascha Nüchter fehlen.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 23.11.2010 und 14.12.2010**

Die Niederschrift vom 23.12.2010 wird mit einer Enthaltung genehmigt.

Die Niederschrift vom 14.12.2010 wird mit einer Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

### **3. Haushaltsberatung 2011**

StAR Karow erläutert anhand einer Präsentation zum einen den Aufbau des neuen Haushaltes für das Jahr 2011 und zum anderen die sich gegenüber der bisherigen Systematik ergebenden Veränderungen. Des Weiteren wird verdeutlicht, aus welchen Positionen sich die Aufwendungen und Erträge zusammensetzen.

Nach dem vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf schließt der Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag von 198 T€ ab. Davon sind rd. 138 T€ systembedingt, d. h. durch Abschreibungen und Rückstellungen ausgelöst, rd. 30 T€ entfallen auf Grund des Vergleiches mit Herrn Jann Saathoff auf Mindereinnahmen aus dem Gebührenhaushalt „Straßenreinigung“ und saldiert 30 T€ Mehrausgaben aus dem Finanzausgleich.

Im Übrigen wird auf den Vorbericht zum Haushaltsplan 2011 verwiesen.

Die sich anschließende intensive Diskussion ergibt im Wesentlichen: (*Erläuterung der Verwaltung in Kursiv-Schrift*):

- *Die Konzessionsabgabe ist für 2011 entsprechend der Planung der Wirtschaftsbetriebe mit 637 T€ veranschlagt; ab 2012 wird mit einer rückläufigen Entwicklung gerechnet. Ob die geschätzten Beträge ab 2012 erhöht werden können, wird geklärt.*
- RM Onnen erkundigt sich nach der Ursache für die Erhöhung der Erträge aus Kostenerstattungen von 112 T€ in 2010 auf 194 T€ in 2011.

*Auf Grund geänderter Zuordnungskriterien sind die Ergebnisse 2010 und 2009 nicht eins zu eins mit den Planzahlen 2011 ff vergleichbar. Außerdem sind ab 2011 Aufwendungen, die für Dritte erbracht und von diesen ersetzt werden, im Haushalt darzustellen; diese „Durchlaufposten“ wurden in der Kameralistik über Vorschuss- und Verwahrkonten abgewickelt.*

- *Der im Vorbericht aufgeführte Geldmittelbestand von 1.384 T€ ist um 800 T€ (Ausleihungen der Stadt Norderney an ihre Gesellschaften) zu erhöhen; um die-*

sen Betrag reduziert sich der Fremdmittelbedarf auf 2.700 T€.

- RM Wehlage weist darauf hin, dass die Auszahlungen für Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 800 T€ ungedeckt sind.

*Zu berücksichtigen sind hier die nachzuholenden Bauunterhaltungsmaßnahmen (Grundschule, KGS, Straßenbau u.a.) mit rd. 1.050 T€. Ein Teil dieser Maßnahmen wäre in der Kameralistik im Vermögenshaushalt veranschlagt worden.*

- BG Ennen ist der Auffassung, dass die Darlehen im gleichen Verhältnis reduziert werden müssten wie die Zuschüsse des Landes zu der Straßenbaumaßnahme „Hafen – Abzweig Oase“ eingehen würden.

*Die Fremdmittel können auf Grund der 2012 und 2013 im Investitionsprogramm vorgesehenen Maßnahmen wirksam erst ab 2014 zurückgezahlt werden. Hinzu kommt, dass die nachzuholenden Bauunterhaltungsmaßnahmen bis 2013 abzuwickeln sind.*

- Der über die Darlehenskurve, die erstmals auch Kassenkredite beinhaltet, drastisch deutlich gemachte Fremdmittelbedarf löst eine kritische Beratung über die vorgesehenen Investitionen aus, insbesondere über:

Kunstrasenplatz:

RM Wehlage ist dafür, die Maßnahme zu streichen. RM Terfehr schlägt vor, zunächst ein Konzept zu erstellen und dann die Finanzierung zu sichern. BG Ennen rät, Fördermittel einzuwerben.

Die Maßnahme bleibt für 2012 zunächst bestehen. Es soll versucht werden, Drittmittel zu akquirieren.

Nationalparkhaus:

Die Maßnahme kann nur durchgeführt werden, wenn die Finanzierung mit rd. 90 % Drittmittel gesichert ist, und bleibt daher bestehen.

Straßenbaumaßnahme Benekestraße zwischen Winter- und Luciusstraße:

Die Maßnahme soll auf das Jahr 2012 verschoben werden. Einstimmig beschlossen.

Zuwegung zu den Sportanlagen:

Die Maßnahme soll auf das Jahr 2012 verschoben werden. Einstimmig beschlossen.

Weihnachtsdekoration für den Brunnen:

RM Wehlage schlägt vor, die Maßnahme zu streichen. Mit 2 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 3 Stimm-Enthaltungen so beschlossen.

Daraus ergibt sich eine Entlastung für 2011 in Höhe von 290 T€.

- Ausgleich des Ergebnishaushaltes:  
Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer wird von den Ausschussmitgliedern durchweg ablehnend kommentiert. RM Wehlage schlägt alternativ eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 15 % vor. Diese

Erhöhung würde bei unveränderten Ausgangsdaten Mehreinnahmen in Höhe von ca. 100 T€ Brutto bedeuten.

*Die Verwaltung hält eine Erhöhung der Gewerbesteuer-Hebesätze auf Grund möglicher negativer Wechselwirkungen nicht für die richtige Lösung und plädiert nochmals für die Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer, weil die Grundstückseigentümer auch von der Gebührenentlastung für die Straßenreinigung profitieren würden. Außerdem werde erwogen, einen Teil der Kosten für den Winterdienst aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren.*

BG Ennen möchte, dass vor einer Steuererhöhung alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft werden müssten bzw. ein Konzept für den Verwendungszweck der erhöhten Steuereinnahmen vorzulegen sei.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer-Hebesätze um 15 % wird mit 1 Ja- und 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

*AV Ulrichs weist darauf hin, dass ohne Einnahmeerhöhung dauerhaft ein Fehlbetrag entstehen würde. In diesem Fall bestehe die Pflicht zur Haushaltskonsolidierung. Unter Umständen müsse man sich über die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages Gedanken machen.*

RM Meyer schlägt vor, die Weihnachtspäckchen für die älteren Einwohner zu streichen. Dieser Vorschlag findet keine Mehrheit.

Auf Vorschlag von RM Wehlage wird der Zuschuss in Höhe von 10 T€ an das Staatsbad für Werbemaßnahmen mit 5 Ja-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung gestrichen.

RM Moroni meint, dass der Tageskurbeitrag erhöht werden könne und zu prüfen wäre, ob der Zuschuss für die Bücherei weiter gezahlt werden müsse.

*Mehreinnahmen aus dem Tageskurbeitrag würden nicht dem städtischen Haushalt zufließen und der Zuschuss für die Bücherei sei vertraglich geregelt.*

Letztlich wird die Verwaltung zu a) mehrheitlich (4 Ja- und 2 Nein-Stimmen) bzw. zu b) einstimmig beauftragt,

- a) eine Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer um 20 % und der Gewerbesteuer um 10 % zu berechnen;
- b) die freiwilligen Leistungen auf Einsparmöglichkeiten zu überprüfen und zur nächsten Sitzung vorzulegen.

Die Folgesitzung wird für den 10. März 2011, 18:00 Uhr, terminiert.

#### **4. Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

#### **5. Anfragen und Anregungen**

Es werden keine Anfragen gestellt und keine Anregungen gegeben.

#### **6. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde**

AV Ulrichs verlässt die Sitzung.

- Herr Saathoff fragt nach den Rückstellungen in Höhe von 3,0 Mio. €. StAR Karow erläutert, dass es sich hier in erster Linie um nachzuholende Bauunterhaltungsmaßnahmen handele. Da der Sanierungsbedarf vor 2011 entstanden sei, sei die Bildung von Rückstellungen vorgeschrieben.
- Herr Eberhardt ist der Meinung, dass die Grundsteuern bei den vielen Neubauten weit mehr als 1 Mio. € betragen müssten. StAR Karow hält dem entgegen, dass in 2010 auf Grund von Nutzungsänderung Einnahmeeinbußen zu verzeichnen gewesen wären. Die Grundsteuern könnten erst nach Bekanntgabe der Steuermessbescheide durch das Finanzamt festgesetzt werden. BG Ennen ergänzt, dass das Finanzamt die Bewertungen der Grundstücke mit einigen Jahren Verzögerung feststellen würde; die Grundsteuern würden dann rückwirkend nach berechnet.
- Herr Eberhardt bittet darum, die Gewerbesteuer-Hebesätze nicht zu erhöhen, um insbesondere die kleinen Handwerksbetriebe nicht weiter zu belasten.
- Herr Eberhardt weist nochmals auf die aus seiner Sicht ungerechte Belastung durch den Winterdienst hin. Er wäre für eine Erhöhung der Grundsteuer um 40%, wenn dadurch der Winterdienst aus dem allgemeinen Haushalt finanziert und damit alle Bürger gleichermaßen belastet werden würden.

Die Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Meyer  
(Vorsitzende)

Ulrichs  
(Allgemeiner Vertreter)

Krieb  
(Protokollführer)